

Geschäftsstelle  
Rheinsberger Straße 77  
10115 Berlin  
Telefon 030/41 71 54 06  
www.frauenbeauftragte.de  
Buko2006@frauenbeauftragte.de

Köln, den 07.11.2006

## Pressemitteilung

### **18. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Köln geht zu Ende**

Soeben ging die 18. Bundeskonferenz der Kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Köln zu Ende.

Zwei Tage lang diskutierten 400 Frauenbeauftragte, Expertinnen und Gäste über die Zukunft der Gleichstellungspolitik in den Kommunen und auf Bundesebene. Die Konferenz befasste sich schwerpunktmäßig mit Themen aus dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der Gesundheitspolitik und der Gleichstellungspolitik in Deutschland.

Das AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) wird als großer Fortschritt bewertet. „Wir brauchen in Deutschland eine Antidiskriminierungskultur“, so Bundessprecherin Gabriele Wenner, „das AGG bietet gute Chancen dafür“. Gleichzeitig beklagen die Frauenbeauftragten Rückschritte: Einige Bundesländer haben ihre Gesetzgebung verändert, so dass kleine Kommunen keine Frauenbeauftragte mehr beschäftigen müssen und diese abbestellen. Doch gerade im ländlichen Raum sind die kommunalen Gleichstellungsbüros vielfach die einzig gut etablierte und funktionierende Struktur für Frauen. „Deutschland braucht mehr Frauenbeauftragte! Jetzt!“ lautet folgerichtig die abschließende Forderung der Bundessprecherinnen in ihrer Rede.

Von der Bundesregierung fordern die Frauenbeauftragten eine geschlechtergerechte Gesundheitspolitik. „Dies wurde bei der Gesundheitsreform bisher vollständig ausgeblendet“, erklärt Sprecherin Elisabeth Wilfart.

Allein zum Themenkomplex der Arbeitsmarktpolitik wurden 6 verschiedene Beschlüsse gefasst. Diese beinhalten z.B. die konkrete Forderung nach geschlechtsspezifischem Controlling beim Arbeitslosengeld II aber auch Zukunftsthemen wie Bürgereinkommen waren Gegenstand einer Resolution.

Häusliche Gewalt und Stalking beschäftigen die Frauenbeauftragten vor Ort intensiv. Sprecherin Antje Buck: „Es ist dringend erforderlich, ein beschleunigtes Verfahren bei Fällen häuslicher Gewalt anzuwenden. Opfer sind heute viel zu lange dem Druck eines Gerichtsverfahrens ausgesetzt.“

Zum Abschluss der Konferenz wurden 5 Bundessprecherinnen neu gewählt: Roswitha Bocklage (Wuppertal), Christine Kronenberg (Köln), Jutta Ohl (Kreis Steinburg), Mechthild Schramme-Haack (Region Hannover), Susanne Zinke (Kassel).

Im Gremium verbleiben Antje Buck (Mülheim an der Ruhr), Elisabeth Wilfart (Lüdenscheid), Gabriele Wenner (Frankfurt am Main).

Satzungsgemäß ausgeschieden sind Irene Claas, Andrea Spee-Keller, Sybille Stegemann, Christel Steylaers und Maren Wichmann.

Die 19. Bundeskonferenz wird im Frühsommer 2008 in Frankfurt am Main stattfinden.